

II-10688 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5227/18

ANFRAGE

1993-07-14

der Abgeordneten Dr. Haider, Mag. Gudenus
 und Kollegen
 an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
 betreffend österreichische Verhandlungspositionen bei den EG-Beitrittsverhandlungen

Die österreichische Bundesregierung hat, wie nun auch aus dem offiziellen (8.) Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integration (III-127 d. Blg. z. d. Sten.Prot. NR. XVIII.GP.) hervorgeht, in ihrer Sitzung am 26. Jänner 1993 (TOP 90/31) die grundsätzlichen österreichischen Verhandlungspositionen definiert. Allerdings fehlt in diesem Bericht, der den Stand per 30. April 1993 widerspiegeln soll, jeglicher Hinweis auf die formellen Positionspapiere zu Themen wie Liegenschaftserwerb im Zusammenhang mit Zweitwohnsitzen, Transitabkommen, Handelspolitik, Zollunion, Agrarpolitik etc., die jedoch bereits am 20. April d. J. im Ministerrat beschlossen und anscheinend noch am selben Tag dem Leiter der "Task-Force-Erweiterung" der Kommission übergeben wurden (vgl. EG-Newsletter Nr. 2, Juni 1993). Zwischenzeitlich hat die österreichische Bundesregierung, wie aus Medienberichten zu entnehmen war, im Ministerrat vom 15. Juni 1993 sowie im Ministerrat vom 22. Juni 1993 weitere Richt- bzw. Leitlinien für Teilbereiche der Verhandlungen Österreichs mit der EG beschlossen. Diese betreffen die Bereiche Tabakmonopol, Branntweinmonopol, EURATOM, freier Warenverkehr und Umweltschutz.

Da, im Gegensatz zu den Sozialpartnern, zur Österreichischen Nationalbank sowie zu den Bundesländern, die Vertreter der Oppositionsparteien bei der Erarbeitung der einzelnen österreichischen Verhandlungspositionen nicht einbezogen wurden und werden stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

- 1) Welche Wünsche betreffend Verhandlungsposition, betreffend Sonder- und Ausnahmeregelungen, betreffend Verhandlungsziel etc. wurden wann und von wem (z.B. Interessensvertretungen, Gebietskörperschaften, Organisationen u.a.) an Ihr Ressort herangetragen oder wurden Ihrem Ressort zur Kenntnis gebracht? (Bitte um diesbezügliche konkrete Auflistung).
- 2) Wurden und in welcher Art und Weise wurden die diversen Anregungen und Forderungen bei der Erstellung der Verhandlungsposition aufgegriffen bzw. berücksichtigt?
 Welche konkreten Forderungen und Wünsche fanden keine Berücksichtigung?
 Aus welchen Gründen wurde davon Abstand genommen?

- 3) Wie bewerten Sie die Realisierungschance der österreichischen Verhandlungspositionen und -ziele bei den Verhandlungen mit der EG, und wo liegen für Sie die "Knackpunkte"?
- 4) Wie ist der derzeitige Stand der österreichischen EG-Beitrittsverhandlungen generell, und wie ist dieser hinsichtlich der Ihr Ressort betreffenden Materien? Welche Verhandlungspunkte konnten bislang mit welchem Ergebnis erledigt werden? In welchen Bereichen und in welchen konkreten Punkten gibt es noch offene oder strittige Fragen zwischen Österreich und der EG?
- 5) Der Wiener Stadtrat und ÖVP-Obmann Dr. Görg forderte bereits mehrmals eine Änderung der EG-Informationskampagne der Bundesregierung, eine "Einbindung der EG-Gegner" in die Öffentlichkeitsarbeit sowie deren finanzielle Unterstützung, etwa nach dem Beispiel Dänemark (vgl. z.B. Die Presse, 4. Juni 1993). Können Sie sich diesen Forderungen anschließen?
Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Wien, den 13.7.1993